

FORENA-Diskussionspapier # 4 / 2022

Entwicklung und Positionen der AfD auf dem Parteitag in Riesa 2022

Düsseldorf, 26.07.2022

Inhalt

1. Einleitung
2. Der neue Bundesvorstand
 - 2.1 Chrupalla hat sein Personaltableau weitgehend durchgesetzt
 - 2.2 Das Ende der Meuthen-Ära
 - 2.3 Differenzen zwischen „Flügel“ und Chrupalla
3. Formale Auflösung des „Flügels“ hat dessen Einfluss nicht geschmälert
4. Haltung zu anderen extrem rechten Gruppen aufgeweicht
5. Sachanträge
 - 5.1 „Resolution für den Bau neuer Kernkraftwerke in Deutschland“
 - 5.2 „Europa neu denken“ gescheitert
 - 5.3 Nicht behandelte Sachanträge
6. Strukturreform der Partei
7. Ausblick

1. Einleitung

Vor allem personell hat sich die AfD mit ihrem Parteitag im sächsischen Riesa weiter nach rechts bewegt. Komplett fehlen im neugewählten Bundesvorstand Vertreter:innen des Lagers, das sich in der vorherigen Amtsperiode an dem früheren, mittlerweile aus der Partei ausgetretenen Bundessprecher Jörg Meuthen orientiert hatten. Stattdessen setzten sich überwiegend Kandidat:innen durch, die Meuthens Gegner Tino Chrupalla vorgeschlagen hatte.

Gewachsen ist in der AfD-Spitze das Gewicht des Lagers rund um Björn Höcke. Der für aufgelöst erklärte „Flügel“ übte auch in der Debatte über eine neue Führungsstruktur (Einzel- oder Mehrfachspitze) einen entscheidenden Einfluss aus. Unter anderem auf die Stärke der „Flügel“-Kräfte zurückzuführen ist auch, dass die AfD in Riesa ihre offiziell betonte Abgrenzung zu anderen extrem rechten Gruppierungen („Zentrum Automobil“) aufgab.

Zugleich zeigte sich einmal mehr, wie schwer es der nach wie vor in sich zerstrittenen AfD fällt, auf Parteitagen einheitliche politische Positionen zu entwickeln: Die Mehrzahl der Sachanträge wurde gar nicht erst behandelt. Und Stil und Inhalt der Diskussion über einen vorliegenden Antrag zur Europapolitik führte gar zum vorzeitigen Ende des Parteitags.

2. Der neue Bundesvorstand

In Riesa wählten die Delegierten einen neuen Bundesvorstand.¹ Als gleichberechtigte Sprecher fungieren Tino Chrupalla und Alice Weidel. Als – ebenfalls gleichberechtigte – stellvertretende Sprecher wurden Stephan Brandner, Peter Boehringer und Mariana Harder-Kühnel gewählt. Schatzmeister bleibt Carsten Hütter. Neuer stellvertretender Schatzmeister wurde Harald Weyel.

Neu als Schriftführer gehört Dennis Hohloch dem Bundesvorstand an. Sechs Beisitzer komplettieren das Gremium: Marc Jongen, Martin Reichardt, Roman Reusch, Maximilian Krahe, Christina Baum und Carlo Clemens. Nur Chrupalla, Weidel, Brandner und Hütter hatten bereits dem vorherigen Bundesvorstand angehört.

2.1 Chrupalla hat sein Personaltableau weitgehend durchgesetzt

Acht der 14 Mitglieder des neuen Bundesvorstands standen auf Chrupallas ursprünglicher Empfehlungsliste für ein „#TeamZukunft“²; zwei weitere wurden später von ihm bzw. aus seinem Umfeld hinzugefügt. Nur drei von ihm genannte Kandidat:innen unterlagen in den Abstimmungen in Dresden (davon einer gegen einen anderen Chrupalla-Kandidaten). Ein weiterer von Chrupalla zunächst benannter Kandidat trat nicht an, weil er parteiintern massiv in die Kritik geraten war.³

Erstmals operierte ein Kandidat für eine Spitzenposition mit einer im Vorfeld öffentlich verbreiteten Empfehlungsliste für die Vorstandsposten. Solche Listen der verschiedenen Lager in der AfD hatte es zwar schon bei früheren Parteitagen gegeben. Sie waren jedoch nicht öffentlich kommuniziert worden.

Chrupallas eigenes schwaches Ergebnis von nur 53,5 Prozent⁴ konnte nicht überraschen, konzentrierte sich doch die Kritik an den Verlusten bei den Wahlen der letzten zwei Jahre, an sinkenden Mitgliederzahlen oder an den als unklar empfundenen Positionierungen der AfD im Ukraine-Krieg vor allem auf seine Person. Gestärkt fühlen kann sich hingegen Alice Weidel, für die 67,3 Prozent der Delegierten votierten.

Von drei Mitgliedern des neuen Bundesvorstands, die ohne eine Empfehlung aus Chrupallas Lager gewählt

geschlossen hatte. Lüth, der sich selbst als „Faschist“ bezeichnete und sich seiner „arischen Abstammung“ rühmte, war wegen rassistischer Äußerungen 2020 von der Fraktion fristlos entlassen worden. In der Partei wurde spekuliert, er habe mit der Personalie seine Aussichten für eine Wahl in den AfD-Vorstand verbessern wollen. Gottschalk kündigte den Arbeitsvertrag wieder.

4 Bei seiner ersten Wahl als Parteisprecher 2019 waren 54,51 % der Delegiertenstimmen auf Chrupalla entfallen.

1 Alternative für Deutschland: Bundesvorstand, <https://www.afd.de/partei/bundesvorstand/>, 10.07.2022

2 Chrupalla, Tino: Vom 17. bis 19. Juni wählen die Bundesdelegierten..., <https://www.facebook.com/TinoAfD/posts/2791184044523184>, 10.07.2022

3 Der AfD-Bundestagsabgeordnete Kay Gottschalk hatte die Kritik auf sich gezogen, weil er einen Arbeitsvertrag mit Christian Lüth, dem früheren Pressesprecher der Fraktion,

wurden, droht dem neuen Sprecher-Duo voraussichtlich kein prinzipieller Widerspruch, wenn auch Kritik in einzelnen Sach- oder Personalfragen. Dies betrifft:

- den wiedergewählten Schatzmeister Carsten Hütter, der sich bereits in der Vergangenheit weitgehend auf sein Tätigkeitsfeld der Finanzen konzentrierte und im Konfliktfall⁵ politische Festlegungen vermied,
- Hütters neuen Stellvertreter Harald Weyel, der schon 2020 als Meuthen-Kritiker für das Amt kandidiert hatte und in der Vergangenheit des Öfteren die Unterstützung des „Flügels“ suchte – und fand,
- den neuen Schriftführer Dennis Hohloch, von dem Widerspruch erwartet werden kann, sollte es zu einer (Wieder-)Annäherung von AfD und Andreas Kalbitz kommen⁶.

Konfliktträchtiger könnte der Umgang mit der neuen Beisitzerin Christina Baum werden, einer der radikalsten „Flügel“-Vertreter:innen aus einem westdeutschen Bundesland. Schon einen Tag nach ihrer Wahl bezog sie in der Diskussion über das „Zentrum Automobil“ deutlich Position gegen Alice Weidel. Tags zuvor hatte sie sich mit einer geschichtsrevisionistischen Rede für das Vorstandsamt beworben: „Eine der wichtigsten Aufgaben, vielleicht sogar die allerwichtigste, muss sein, unserem Volk wieder ein natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, einen gesunden Nationalstolz zurückzugeben. Beides wurde unter den Trümmern einer jahrzehntelangen Schuldhaftigkeit verschüttet und diese Trümmer müssen wir endlich beiseite räumen.“ Sie träume, so Baum, „den Traum eines souveränen, freien, selbstbestimmten deutschen Volkes, das seine Geschicke wieder selbst in die Hand nimmt“.

5 In der Abstimmung in der Causa Kalbitz z.B. enthielt sich Hütter der Stimme.

6 Junge Freiheit: Hohloch stellt sich gegen Kalbitz-Rückkehr in die AfD, vom 12. Juni 2022, <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/hohloch-gegen-kalbitz/>, 10.07.2022

7 Sternberg, Jan: AfD-Spitze: Chrupallas Konkurrenten kommen aus der Deckung, Redaktionsnetzwerk Deutschland vom 7. Juni 2022, <https://www.rnd.de/politik/kampfkandidaturen-fuer-afd-parteitag-nicolaus-fest-und-norbert-kleinwaechter->

2.2 Das Ende der Meuthen-Ära

„Die Ära Meuthen ist mit dem heutigen Tag beendet“, sagte Chrupalla nach der Wahl des engeren Vorstands. Tatsächlich erlebten viele Kandidaten, die für sich ein „bürgerliches“ Label beanspruchten, in Riesa ein Debakel.

Noch respektabel fielen die Ergebnisse für Bundessprecher-Kandidat Norbert Kleinwächter und Alexander Wolf aus. Kleinwächter, der im Vorfeld der Veranstaltung die AfD als eine im Kern „liberal-konservative Partei“ zu präsentieren versucht und eine Entwicklung in Richtung „Sozial-Patriotismus“ abgelehnt hatte⁷, erhielt 36,3 Prozent der Delegiertenstimmen. Wolf kam in zwei Abstimmungen auf 30,5 und 34,9 Prozent.

Regelrecht abgestraft wurden jedoch Frank-Christian Hansel (19,0 %), Jürgen Braun (18,3 %) und der zweite Bundessprecher-Kandidat Nicolaus Fest (20,8 %). Gar nicht erst angetreten waren die sechs Politiker:innen, die im alten Bundesvorstand eine stabile Mehrheit mit Meuthen und Wolf gebildet hatten: Joana Cotar, Jochen Haug, Joachim Kuhs, Silvia Limmer, Joachim Paul sowie Beatrix von Storch.

Zumindest der Berliner von Storch waren vor dem Parteitag Ambitionen für eine erneute Kandidatur nachgesagt worden. Ihre Chancen schwanden jedoch, als wenige Tage vor der Veranstaltung eine Entscheidung des AfD-Bundesschiedsgerichts bekannt wurde. Das Parteigericht erklärte die Wahl der rund zwei Dutzend Berliner Delegierten für unwirksam. Von Storch war vorgeworfen worden, bei der Wahl der Delegierten drei Kandidaten auf die Bewerberliste gesetzt zu haben, obwohl diese sich weder bewerben wollten noch dies getan hatten und die Wahlliste bereits geschlossen worden war.⁸ Auch das Berliner Landgericht wies Eilantrag des Berliner AfD-Vorstands gegen das Urteil des Bundesschiedsgerichts zurück.⁹

[kandidieren-ATZN2CGVQVF6LBM7XAMFN7LX7Y.html](https://www.kandidieren-ATZN2CGVQVF6LBM7XAMFN7LX7Y.html), 10.07.2022

8 Weiland, Severin: AfD-Bundesschiedsgericht bestätigt Annullierung der Berliner Delegiertenwahl, Der Spiegel vom 15. Juni 2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespartei-ag-der-afd-in-riesa-berliner-delegierte-muessen-draussen-bleiben-a-6a135d64-fd70-4ddd-b96e-8e95c8cda9ce>, 10.07.2022

9 Schindler, Frederik: Berliner Delegierte dürfen nicht zu AfD-Bundesparteitag, Die Welt vom 16. Juni 2022,

Der Erfolg von Chrupalla und Weidel und der Misserfolg ihrer Gegner:innen erklärt sich freilich nicht durch das Fehlen der Delegierten aus Berlin und dem Saarland.¹⁰ Möglich wurde er stattdessen vor allem, weil es in der sich radikalierenden AfD ein einziges, geschlossenes Lager der angeblich „Gemäßigten“ nicht mehr gibt. Das Lager, das sich in den letzten zwei Jahren an Jörg Meuthen orientiert hatte, hat sich aufgespalten in mindestens drei Gruppen.

1. Zur ersten zählen Politiker:innen, die bereits in den letzten Monaten die AfD verlassen haben (neben Meuthen selbst etwa der Bundestagsabgeordnete Uwe Witt und die frühere Schiedsgerichts-Präsidentin Monica Ines Oppel sowie Politiker auf Landes- und kommunaler Ebene) oder die diesen Schritt in Kürze voraussichtlich unternehmen werden.
2. Zu einer zweiten Gruppe sind Politiker:innen aus dem „Gemäßigten“-Lager zu rechnen, die in der Hoffnung, Chrupalla zu einem späteren Zeitpunkt doch noch von der Spitze verdrängen zu können, in der AfD bleiben, ohne derzeit Vorstandsämter inne zu haben. In den Wochen und Monaten vor dem Parteitag hatten sie öffentlich für die Abwahl von Chrupalla plädiert – und zuweilen auch intrigiert¹¹, was ihnen in Riesa massiv schadete. Vorgehalten wurde ihnen vor allem, dass sie am Tag nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen parallel zu einer Pressekonferenz von Chrupalla eine Pressemitteilung mit der Forderung nach seinem Rückzug verbreiten ließen – ganz offenbar in der Hoffnung, Chrupalla möge unvorbereitet von Medienvertreter:innen mit der scharfen Kritik seiner Gegner:innen öffentlich konfrontiert werden. Sogar als Chrupalla-Gegner gehandelte AfD-Politiker:innen gingen auf Distanz. „Die Zeit“ zitierte den bayerischen Bundestagsabgeordnete Rainer Kraft: „Man

kann nicht über die Medien eine Botschaft in die Partei hineinsenden.“¹²

3. Entscheidend aber für die Abkehr von einer durch Meuthen geprägten AfD war jedoch die Positionierung der dritten Gruppe, im neuen Bundesvorstand repräsentiert etwa durch Roman Reusch oder Marc Jongen: sich „bürgerlich“ gebende Politiker, die sich mit dem wachsenden Einfluss des „Flügels“ arrangiert haben.

Ohne sich zuvor in dem Personalstreit öffentlich positioniert zu haben, trat in Riesa auch Erika Steinbach, die Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, für ein Vorstandsamt an. Bei der Wahl eines stellvertretenden Sprechers unterlag sie jedoch dem bayerischen Bundestagsabgeordneten Peter Boehringer mit 42,2 zu 55,4 Prozent.¹³

2.3 Differenzen zwischen „Flügel“ und Chrupalla

Zwar verdankt sich Chrupallas Erfolg nicht zuletzt einem Bündnis mit dem „Flügel“. Doch das Lager rund um Björn Höcke setzte durchaus eigene Akzente – teils auch gegen Kandidaten von Chrupallas Empfehlungsliste.

Für das Amt des Bundesschatzmeisters kandidierte der dem „Flügel“ zugerechnete baden-württembergische Landtagsabgeordnete Emil Sänze gegen Amtsinhaber Carsten Hütter. Zwar hatte auch Hütter nicht auf Chrupallas Liste gestanden – erstmals aber wurde bei der Wahl dieser Position deutlich, dass „Flügel“ und Chrupalla nicht im völligen Gleichklang operierten. Sänze unterlag mit 47,5 zu 50,8 Prozent Hütter nur knapp.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article239403851/AfD-Bundesparteitag-findet-ohne-Berliner-Delegierte-statt.html>, 10.07.2022

10 Auch im Saarland wurde die Wahl der Delegierten für unwirksam erklärt.

11 Etwa, als sie zeitgleich zu einer Pressekonferenz Chrupallas eine Pressemitteilung verschickten, in der der Parteisprecher harsch kritisiert und sein Rückzug gefordert wurde – offenbar in der Hoffnung, Chrupalla werde unvorbereitet von Medienvertreter:innen mit dieser Pressemitteilung konfrontiert.

12 Steffen, Tilman: Revolte der Anonymen, Die Zeit vom 27. Mai 2022, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-05/afd-tino-chrupalla-innerparteilicher-widerstand/komplettansicht>, 10.07.2022

13 Die Welt: Erika Steinbach scheitert mit Kandidatur für AfD-Vizevorsitz, vom 18. Juni 2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article239438697/Bundesparteitag-der-AfD-Erika-Steinbach-scheitert-mit-Kandidatur-fuer-AfD-Vizevorsitz.html>, 10.07.2022

Bei der folgenden Wahl des stellvertretenden Schatzmeisters setzte sich der nordrhein-westfälische, „Flügel“-nahe Bundestagsabgeordnete Harald Weyel in einer Stichwahl mit 56,5 Prozent durch. Bereits in einem ersten Wahlgang war Chrupallas Kandidat Sebastian Maack mit nur 19,5 Prozent ausgeschieden.

Bei der Wahl des Schriftführers kandidierten unter anderem Chrupallas Wunschkandidatin Gerrit Huy, eine Bundestagsabgeordnete aus Bayern, und der als „Flügel“-nah geltende Essener Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter. Huy schied schon im ersten Wahlgang aus (23,4 %). Keuter unterlag in der Stichwahl gegen den brandenburgischen Landtagsabgeordneten Dennis Hohloch mit 40,2 zu 55,7 Prozent.

Bei einer der Abstimmungen für einen Beisitzerposten traten unter anderem der von Chrupalla empfohlene Bundestagsabgeordnete Jörn König (Hannover) und Christina Baum an. Die „Flügel“-Politikerin setzte sich in der Stichwahl mit 56,3 zu 40,0 Prozent durch.

3. Formale Auflösung des „Flügels“ hat dessen Einfluss nicht geschmälert

Nie zuvor war Björn Höcke bei Parteitag so präsent wie bei den Delegiertenversammlungen im April 2021 in Dresden, als er diverse Verschärfungen des Programms zur Bundestagswahl durchsetzte, und nun in Riesa. Er gehörte zu den Autoren einer Satzungsänderung, mit der die Zahl der Bundessprecher von „zwei oder drei“ auf „einen oder zwei“ reduziert wurde. Der Vorstoß fand die Unterstützung von 69,2 Prozent der Delegierten. Prinzipielle Kritik an einer Einerspitze wies er zurück. Albrecht Glaser, der Leiter der Bundesprogrammkommission hatte erklärt, die AfD „als radikaldemokratische Partei“ brauche nicht „das Ein-Mann- oder das Ein-Frau-Prinzip“. ¹⁴ Eine Einzelspitze sei „gegen die DNA dieser Partei“ gerichtet“. Höcke

14 Berliner Zeitung: Machtkampf in Sachsen: AfD wählt neue Parteispitze, vom 17. Juni 2022, <https://www.berliner-zeitung.de/news/machtkampf-in-sachsen-afd-waehlt-neue-parteispitze-li.237529>, 10.07.2022

15 Müller, Ann-Katrin/Weiland, Severin: Chrupalla und Weidel führen nach rechts, Der Spiegel vom 19. Juni 2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundespartei-ag-der-afd-in-riesa-chrupalla-und-weidel-fuehren-nach->

konterte: „Die DNA der AfD muss der Erfolg sein, nicht die Doppelspitze.“ Dem sei „alles unterzuordnen“. ¹⁵ Zweierspitzen seien „grundsätzlich (...) konfliktträchtig“. Zugleich folgten die Delegierten jedoch Höckes Empfehlung, es diesmal noch bei zwei Sprechern zu belassen. Zur Einer-Spitze zu wechseln sei „jetzt noch zu früh“, in zwei Jahren aber nicht mehr.

Höckes Handschrift trug auch der Vorstoß für eine Kommission zur Strukturreform der AfD (siehe Kapitel 6), der wegen der vorzeitigen Beendigung des Parteitags schließlich nicht mehr behandelt wurde. Allerdings deutet eine Abstimmung gleich zu Beginn des Parteitags darauf hin, dass der Antrag vermutlich eine Mehrheit gefunden hätte: Lediglich 44,1 der Delegierten mochten ihn nicht in die Tagesordnung aufnehmen, während 55,9 Prozent für die Behandlung stimmten.

Nicht zuletzt Höckes Intervention geschuldet war auch der Beschluss, das „Zentrum Automobil“ von der Unvereinbarkeitsliste der AfD zu streichen (s. Kapitel 4).

Und nicht nur im Bundesvorstand bauten „Flügel“-nahe Kräfte ihre Position aus (s. Punkt 2.3), sondern auch im Schiedsgericht der Partei. Einer der neuen Richter ist Roland Ulbrich, der einen rechtsextremen Anschlag auf die Synagoge in Halle im Jahr 2019 als „Sachbeschädigung“ bezeichnet hatte. Anspielend auf den Fall Kalbitz sagte er in Riesa, mit ihm werde es wegen der „Teilnahme an einem Ferienlager vor der AfD-Gründung“ keine Parteiausschlussverfahren geben. Mit ihm werde es auch keine „PAV-Orgien“ ¹⁶ geben. Ulbrich wurde mit 52 Prozent der Stimmen gewählt. Mit 76 Prozent zog zudem Gereon Bollmann ins Bundesschiedsgericht ein. Er war Präsident des Landesschiedsgerichts in Schleswig-Holstein, das einen Ausschluss von Doris von Sayn-Wittgenstein aus der AfD abgelehnt hatte. ¹⁷

Auch die Form von Höckes Auftreten in Riesa signalisierte, wie er seine Rolle in der Partei sieht: als Person, die so wichtig ist wie ihre (formalen) Sprecher. Eine Journalistin kommentierte: „Auf dem Parteitag aber gerierte er sich ohnehin, als sei er bereits der Chef. Gleich nach Chrupallas Eröffnung meldete er

[rechts-a-b9395722-4faf-44bf-a7a6-087befe6b7bb](https://www.berliner-zeitung.de/news/machtkampf-in-sachsen-afd-waehlt-neue-parteispitze-li.237529), 10.07.2022

16 PAV = Parteiausschlussverfahren

17 Die Zeit: AfD ermöglicht Einzelspitze für Parteivorsitz, vom 17. Juni 2022, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/bundesparteitag-afd-einzelspitze-vorsitz>, 10.07.2022

sich am Freitag zur Tagesordnung zu Wort – und sprach dann so lange und unter viel Applaus über die künftigen Ziele der Partei, bis der Versammlungsleiter ihn rüffeln musste. Danach erstürmte er bei jeder seiner Wortmeldungen die Bühne – alle anderen begnügten sich mit dem Mikrofon im Saal.“¹⁸

Komplett war der Erfolg des „Flügels“ in Riesa freilich nicht. Ein Antrag des Landesvorstands Brandenburg kam beispielsweise überhaupt nicht auf die Tagesordnung. 54 Prozent der Delegierten lehnten eine Befassung ab. Der Landesvorstand wollte das vom Bundesvorstand verhängte Auftrittsverbot von Andreas Kalbitz bei AfD-Veranstaltungen aufheben lassen. In der Begründung des Antrags hieß es: „Es obliegt nicht dem Bundesvorstand, die Untergliederungen bundesweit dahingehend zu maßregeln, dass diese Herrn Kalbitz als Gast oder Redner nicht laden dürfen. Es obliegt nicht dem Bundesvorstand, Nichtmitglieder zu diffamieren, zu diskreditieren und/oder Auftrittverbote auszusprechen, so lange diese vollumfänglich für die Partei und auf dem Boden der FDGO sprechen und dies – wie Andreas Kalbitz – auch als AfD-Mandatsträger. Es obliegt nicht dem Bundesvorstand, aufgrund persönlicher Befindlichkeiten eines oder mehrerer seiner Mitglieder zu entscheiden, wer womit gegen die Ordnung der Partei verstößt.“¹⁹

Und auch bei der weiteren Diskussion über die Tagesordnung erlitt Höcke eine Niederlage. Sein Vorstoß, mehrere Sachanträge sowie die Einsetzung der Kommission für eine Stukturereform der AfD bereits vor der Vorstandswahl zu behandeln, scheiterte. „Erst das Land, dann die Partei, dann die Personen“, hatte Höcke unter dem Jubel der Delegierten gesagt.²⁰ Eine Mehrheit, erneut 54 Prozent, entschied jedoch anders.

4. Haltung zu anderen extrem rechten Gruppen aufgeweicht

Von der Unvereinbarkeitsliste der Partei²¹ gestrichen wurde nach einer Entscheidung des Parteitags der Verein „Zentrum Automobil“, der sich als „alternative Gewerkschaft“ und „Opposition zu den gekauften Einheitsgewerkschaften“²² geriert.

Insbesondere in einer Kontroverse zwischen Höcke sowie dem Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Dirk Spaniel auf der einen Seite und den neuen AfD-Vorstandsmitgliedern Roman Reusch sowie Marc Jongen auf der anderen Seite wurden die Differenzen in der Partei deutlich. Spaniel sagte, das „Zentrum“ sei die einzige Arbeitnehmervertretung im Gesundheits- und Automobilsektor, die auch nur mit der AfD rede. Jongen konterte: Solange Vertreter des Zentrums dort Veranstaltungen mit der NPD und der Kleinpartei III. Weg machten, wolle man als Landespartei Baden-Württemberg im Moment keine Kooperation. Reusch sagte, eine Streichung des „Zentrums“ von der Unvereinbarkeitsliste würde dem Verfassungsschutz in die Hände spielen: „Man kann es seinem Gegner auch sehr, sehr einfach machen.“

Die Mehrheit freilich hatte Höcke auf seiner Seite. Man brauche solche Vorfeldorganisationen wie das „Zentrum“. Der Verfassungsschutz sei „Teil dieses Machtinstruments, das unser Deutschland abwickeln will“, sagte er. Die AfD solle künftig „qua unserer eigenen Kraft, unseres eigenen Selbstbewusstseins, unseres eigenen Willens“ bestimmen, wer Extremist sei und von wem sich die Partei abgrenze.

Am Ende der Diskussion stimmten 60 Prozent der Delegierten für die Streichung des „Zentrums“ von der Liste.

18 Leister, Annika: Ein Traum für Björn Höcke, t-online vom 20. Juni 2022, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_92330458/bjoern-hoeckes-traum-wird-wahr-afd-spitze-mit-tino-chrupalla-und-alice-weidel.html, 10.07.2022

19 Alternative für Deutschland: Antragsbuch zum Bundesparteitag der AfD in Riesa 17. bis 19. Juni 2022, S. 97, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2022/06/2022-06-09-Antragsbuch_Riesa_anonymisiert.pdf, 10.07.2022

20 Schindler, Frederik: Bei seinem ersten Stimmungstest auf dem Parteitag fällt Höcke durch, Die Welt vom 17. Juni

2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article239430855/AfD-Bei-seinem-ersten-Stimmungstest-auf-dem-Parteitag-faellt-Hoecke-durch.html>, 10.07.2022

21 Alternative für Deutschland: Unvereinbarkeitsliste für AfD-Mitgliedschaft, Stand 19.06.2022, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2022/06/Unvereinbarkeitsliste-Mitgliedschaft-AfD-2022_06_19.pdf, 03.07.2022

22 Zentrum: Ziele, <https://www.zentrum-automobil.de/ziele/>, 10.07.2022

5. Sachanträge

Der AfD sind, wie auch die Wahlergebnisse der letzten Jahre beweisen, die Themen abhandeln gekommen, die geeignet sind, die eigenen Mitglieder zu mobilisieren sowie mehr Wählerinnen und Wähler für die Partei zu begeistern. Frühere Themen, auf die sich der Erfolg der AfD gründete, sind nicht mehr wahlentscheidend – ob es die anfängliche Euro-Kritik oder später die Agitation gegen Flucht oder Islam waren. Auch Corona erschloss der AfD nicht die erhoffte neue Wähler:innen-Klientel. Mit ihrer grundsätzlichen Haltung zum russischen Krieg in der Ukraine und zu den deutschen Reaktionen darauf offenbart die Partei nicht nur ihre eigene Spaltung²³, sondern schreckt auch einen großen Teil der eigenen Wähler:innen-schaft ab.

Alle Hinweise deuten darauf hin, dass die AfD kurz- und mittelfristig hofft, von der Furcht vor den ökonomischen Folgen des Ukraine-Kriegs profitieren zu können. Die Probleme in Deutschland würden sich „in einer Geschwindigkeit zuspitzen, da kommt man gar nicht mehr hinterher“, sagte die neue Bundessprecherin Alice Weidel in Riesa. Inflation und Energiekrise würden sich noch massiv verschärfen.

5.1 „Resolution für den Bau neuer Kernkraftwerke in Deutschland“

Als einziger Sachantrag wurde die „Resolution für den Bau neuer Kernkraftwerke in Deutschland“ bei dem Parteitag in Riesa beraten und beschlossen. Es war auch der einzige Sachantrag, der vor der Wahl des neuen Vorstands behandelt wurde – mutmaßlich weil er die Zerrissenheit der Partei nicht so offensichtlich machte, wie dies bei anderen Sachanträgen der Fall gewesen wäre.

23 Deutlich wurde diese Zerrissenheit zum Beispiel, als der Bundestag Anfang Juni 2022 namentlich über die Einrichtung des 100 Milliarden Euro umfassenden „Sondervermögens Bundeswehr“ abstimmte. 33 AfD-Abgeordnete votierten dafür, 35 dagegen. Sechs AfD-Parlamentarier:innen enthielten sich, darunter die Fraktionsvorsitzenden Tino Chrupalla und Alice Weidel. Deutscher Bundestag: Namentliche Abstimmung: 3. Juni 2022, Sondervermögen Bundeswehr (Geszentwurf),

In der Resolution²⁴ fordert die AfD „nicht nur den Weiterbetrieb der sicheren deutschen Kernkraftwerke, sondern auch eine verstärkte Wissenschaftsförderung zur Entwicklung besserer Technologien zur friedlichen Nutzung der Kernenergie“ sowie „den Bau neuer, moderner und sicherer Kernkraftwerke in Deutschland“. Kernenergie sei für Industrieländer unverzichtbar. „Sie ist die einzige Technologie, die eine stabile, wettbewerbsfähige, emissionsfreie und sichere Stromproduktion in der benötigten Menge vereint“, heißt es in der Resolution. „Moderne Kernenergie“ sei zudem sicher: „Gemessen am Ertrag ist sie weniger gefährlich als andere Stromerzeugungstechnologien, auch unter den Erneuerbaren.“ Und sie sei verlässlich: „Sie steht 24 Stunden und 365 Tage zur Verfügung. Wind – und Solarenergie unterliegen dagegen unberechenbaren Schwankungen.“ Zudem benötige sie nur einen Bruchteil der Fläche von „sogenannten Erneuerbaren Energien“, wie die AfD formuliert. Flächen von „Windindustrieanlagen“, Solaranlagen und Energiepflanzen könnten der Natur zurückgegeben werden. Damit schütze Kernenergie die Natur- und Artenvielfalt. Schließlich erklärt die AfD die Atomenergie für „wettbewerbsfähig“: „Dort wo sie hohe Anteile an der Stromerzeugung hat, ist der Strompreis niedrig, wie es Frankreich, die USA oder osteuropäische Staaten zeigen.“

5.2 „Europa neu denken“ gescheitert

Auch unter einem neuen Vorstand bleibt es dabei: Unter dem Label AfD versammeln sich (mindestens) zwei Parteien. Am dritten Tag der Veranstaltung wurde das erstmals erkennbar, als es um das „Zentrum Automobil“ ging (s. Kapitel 4). Vollends offensichtlich wurde es bei der Beratung einer Resolution mit dem Titel „Europa neu denken“.²⁵

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=784>, 10.07.2022

24 Alternative für Deutschland: Resolution zur Kernenergie, https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2022/06/20220619-1410-Resolution-Kernenergie_AK.pdf, 10.07.2022

25 Alternative für Deutschland: Antragsbuch zum Bundesparteitag der AfD in Riesa 17. bis 19. Juni 2022, S. 8ff., <https://www.afd.de/wp->

Die Resolution sollte aufzeigen, „dass es ein wahres Europa gibt, das gegen die EU steht, und (...) den Weg für eine umfassende Erneuerung des alten Kontinents und seine geopolitische Positionierung in der neuen Weltordnung“ beschreiben, wie es in der Begründung hieß. Antragsteller waren durchaus lagerübergreifend:

- Hans Neuhoff, der Leiter der Programmkommission in Nordrhein-Westfalen,
- Dieter Neuendorf, der Leiter des Bundesfachausschusses 1 „Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe und Außenwirtschaft“,
- **der AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland,**
- Albrecht Glaser, **der Vorsitzende der Bundesprogrammkommission,**
- **der Europaabgeordnete Maximilian Krah,**
- Björn Höcke (Landes- und Fraktionsvorsitzender in Thüringen),
- Martin Reichardt (Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt),
- Rainer Rothfuß (**stellvertretender Landesvorsitzender in Bayern**),
- Jörg Urban (Landes- und Fraktionsvorsitzender in Sachsen) **sowie**
- Martin Vincentz (Landes- und Fraktionsvorsitzender in Nordrhein-Westfalen).

Die Autoren stellen Deutschland und seinen europäischen Verbündeten kein gutes Zeugnis aus. Europas „Eliten (seien) zu Akteuren einer forcierten Globalisierung herabgesunken, während die Bevölkerungen dem Erziehungsprogramm der politischen Korrektheit unterzogen werden“. Die Folgen seien „die Preisgabe menschlich-sozialer Gewissheiten, ein fehlender Wille zur Selbstbehauptung und der Verlust der Wehrhaftigkeit“, hieß es im Entwurf der Resolution. „Linksliberalen Ökonomen und moralisierenden Sozialwissenschaftlern“ wird vorgeworfen, ihr „gemeinsamer Angriff“ habe dem Nationalstaat gegolten, auf den die Verantwortung für die entstandene Problemlage projiziert worden sei. „Den Globalisten war der Nationalstaat als einziger ernstzunehmender Gegenspieler multinationaler Konzerne und supranationaler Organisationen ein Dorn im Auge.“ Souveränitätsentzug zugunsten einer globalisierungsfreundlichen Brüsseler Zentralgewalt sei für sie das wichtigste Ziel gewesen. Unterstützt worden seien sie vom Europäischen Ge-

richtshof und „von Kadern hochbezahlter Bürokraten“. „Heterogenisierung der Völker, politische Korrektheit und eine postnationale Grenzenlosigkeit wurden als Leitmotive ausgerufen, die die Welt retten sollen – tatsächlich aber die abendländische Identität dem Zeitgeist opfern und die Länder Europas in die Selbstauflösung führen.“ Die EU halten die Autoren für ein „fehlgeleitetes und dysfunktionales politisches Gebilde“. Die AfD halte „eine einvernehmliche Auflösung der EU und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig – als einem Staatenbund souveräner und eigenverantwortlicher Nationen“.

Diesem neuen Europa, das ein „Koordinierungsinstrument der Nationalstaaten“ sein solle, schrieben die Antragsteller vier „zentrale gemeinsame Interessen“ zu: einen gemeinsamen Markt, die Erlangung strategischer Autonomie, den wirksamen Schutz der Außengrenzen und die „Bewahrung der europäischen Kultur und Identität“. Exekutivbefugnisse sollen den Mitgliedsstaaten vorbehalten bleiben – mit einer Ausnahme: dem Schutz der europäischen Außengrenzen. Zur von der AfD propagierten „Festung Europa“ heißt es: Der Schutz der Außengrenzen umfasse „die Errichtung wirksamer physischer Barrieren, eine moderne technische Überwachung und den Einsatz von Grenzschutzpersonal“.

Zum „Ausgleich mit Russland“ schreiben die Autoren, Europa habe ein natürliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland. Dabei dürfe der Ausgleich mit Russland nicht „das berechtigte Sicherheitsbedürfnis unserer mittel- und osteuropäischen Partnerländer beeinträchtigen“. Die Ukraine unterstütze man „als blockfreien und neutralen Brückenstaat“.

Bei der Beratung, die sich in aller Unversöhnlichkeit über mehr als zwei Stunden hinzog, übten insbesondere Vertreter:innen westdeutscher Landesverbände massive Kritik. Ihnen missfiel die Einseitigkeit des Antrags, wenn einerseits eine Annäherung an Russland gefordert, das Wort „Krieg“ im Zusammenhang mit dem russischen Überfall auf die Ukraine andererseits vermieden wurde. In dem Text war lediglich von einem „Ukraine-Konflikt“ die Rede. Solche Papiere brächten die Partei im Westen richtig in die Breddouille, sagte der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz. Der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt verteidigte hingegen das Papier: Es enthalte „genau die Begriffe und die Orientierungen, die wir als

Botschaft nach außen schicken müssen. Der Gegensatz zwischen Globalisten und Nationalstaaten – das ist der Weltkampf, in dem wir stehen, und das wird hier klar und deutlich benannt“.

Kompromissvorschläge blieben ohne Chance. Das Lager der Befürworter wollte die Resolution auf jeden Fall beschließen lassen – und sei es auch nur mit einer Stimme Mehrheit. Ihre Gegner wollten eine Abstimmung auf jeden Fall verhindern – vor allem mit einer Fülle von Änderungs- und Geschäftsordnungsanträgen. Eine Mehrheit errangen sie erst, als Chrupalla mit sieben AfD-Landesvorsitzenden ans Redepult trat und für eine Überweisung des Textes an den Bundesvorstand plädierte. Es war ein Sinnbild für Chrupallas Position in der Partei: Über eine eigene Autorität verfügt er kaum: die muss er sich mal bei Weidel, mal beim „Flügel“, mal bei ihm wohlgesonnenen Landesvorsitzenden borgen.

5.3 Nicht behandelte Sachanträge

Mit mehreren Sachanträgen beschäftigte sich der Parteitag nicht – entweder wegen des vorzeitigen Endes der Veranstaltung oder weil die Delegierten deren Beratung gar nicht erst in ihre Tagesordnung aufnehmen. Zu den nicht (mehr) beratenen Anträgen zählten unter anderem vier Resolutionen:

- „Waffenlieferungen stoppen, Dialog starten, gesamteuropäische Friedensordnung sichern“
- „Unsere AfD – Partei der Streitkräfte“
- „Der Islam gehört nicht zu Deutschland – kein Ruf des Muezzins in unseren Städten!“
- „Energiesicherheit statt ‚Energiewende‘ – jetzt!“

26 Alternative für Deutschland: Antragsbuch zum Bundesparteitag der AfD in Riesa 17. bis 19. Juni 2022, S. 18f., https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2022/06/2022-06-09-Antragsbuch_Riesa_anonymisiert.pdf, 10.07.2022

27 Nach Angaben des „Flügel“-Politikers Hans-Thomas Tillschneider, über die der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) berichtete, soll es gar eine konkrete Absprache mit Höcke gegeben haben. Der MDR stützte sich auf interne Chatnachrichten Tillschneiders, in denen es u. a. hieß:

6. Strukturreform der Partei

Zu den wegen der vorzeitigen Beendigung des Parteitags nicht mehr beratenen Anträgen zählte auch einer, der die „Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Parteistrukturereform“ regeln sollte.²⁶ Seine Inhalte dürften wegweisend für die weitere Entwicklung der AfD sein. Ebenso wichtig ist aber auch, wer diese Kommission leiten soll. Medienberichten zufolge²⁷ sollte Björn Höcke der Kommission vorsitzen – quasi als Ausgleich für den Verzicht auf eine Kandidatur für einen Posten im neuen Bundesvorstand.

Der unter andere von Chrupalla und Gauland unterstützte Antrag greift drei Themenkomplexe auf, die – insbesondere, aber nicht nur – von „Flügel“-Kräften wiederholt moniert wurden, ohne dass aber die Hintergründe im Antragstext in jedem Fall explizit und konkret benannt wurden:

- die Basis-Ferne des Bundesvorstands, der sich sogar in mindestens einem Fall²⁸ über einen Beschluss des Bundesparteitags hinweggesetzt hatte,
- die Kritik an der Arbeit der als „parteinah“ anerkannten „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ (DES), der von „Flügel“-Kräften vorgeworfen wird, dass sie, anders als zugesagt, nicht alle Strömungen der AfD repräsentiere und sogar Vertreter des „Instituts für Staatspolitik“ aus Gremien und Funktionen ausgeschlossen habe,
- die Kritik an der Inhaltsarmut von Parteitag, die sich schon aus Zeitgründen auf Personalentscheidungen und auf satzungsrechtliche Formalien beschränken (mussten).

Zum Bundesvorstand heißt es in dem Antrag, die Basis erwarte, „dass er im Sinne der Partei und zum Wohl unseres Landes politisch-strategisch arbeitet und nicht nur mit der operativen Parteiverwaltung beschäftigt“ sei. Für den Fall, dass er die Umsetzung von Konvents-

„Björn Höcke wurde die Strategiekommission versprochen, für den Fall, dass er nicht für den BuVo kandidiert.“ Wierzioch, Bastian: Geheime Absprache mit Höcke?, Tagesschau vom 22. Juni 2022, <https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/afd-parteitag-vorstand-hoecke-101.html>, 10.07.2022

28 Dabei ging es um die von einem Bundesparteitag abgelehnte Absetzung von Roland Hartwig, dem früheren Leiter einer parteiinternen „Arbeitsgruppe Verfassungsschutz“.

oder Parteitagsbeschlüssen verweigere, solle künftig der Einsatz von Sanktionsmaßnahmen möglich sein.

Der „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ attestiert der Antrag, dass sie anders als die parteinahen Stiftungen anderer Parteien den größten Beitrag zur Nachwuchsentwicklung gar nicht leisten könne. Die Antragsteller notierten: „Ob sie dies überhaupt soll, muss vor dem Hintergrund der im AfD-Grundsatzprogramm festgeschriebenen kritischen Haltung zur Rolle parteinaher Stiftungen hinterfragt werden.“ Die AfD müsse „Mechanismen schaffen, um künftig die klügsten Köpfe unserer Partei auch in die erste Reihe zu führen“ – offenbar ohne die Stiftung, deren Chefin Erika Steinbach in „Flügel“-Kreisen auf schroffe Ablehnung stößt.

Reichlich unpräzise blieb der Antrag in der Frage, wie künftige Parteitage zu gestalten seien: „Es ist (...) notwendig, zur Trennung von Kandidatenaufstellungen und programmatischen Diskussionen die Geschäftsordnung und die Wahlordnung der Partei auf den Prüfstand zu stellen. So soll die Basis dazu Raum bekommen, zu Programmfragen grundsätzliche Diskussionen zu führen. Die Gremienbesetzung soll davon getrennt und nach standardisierten, neuen Verfahren beschleunigt werden.“

Konkreter ist hingegen die Unabhängigkeit des Leiters der „Kommission zur Vorbereitung einer Parteistruktureform“ beschrieben. Der soll nicht von einem Parteitag gewählt, sondern vom Bundesvorstand „benannt“ werden. Er selbst solle dann laut Antrag „eine Gruppe von maximal 10 lebens-, berufs- und politikerefahrenen Personen zusammenstellen“ und „für die Zeit seiner Tätigkeit im Bundesvorstand eng einzubinden“ sein.

Für Höcke wäre es eine Traumrolle gewesen: ohne die Unsicherheit einer Parteitagsvotums für eine zentrale Position „benannt“ zu werden, mit – zumindest zeitweiser – Präsenz im Bundesvorstand und mit der Macht, parteiinterne Konkurrenz (DES) zu be- oder verhindern.

29 Balsler, Markus: Wichtiges Gründungsmitglied geht, Süddeutsche Zeitung vom 27. Juni 2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bjoern-hoecke-monica-ines-oppel-1.5610160>, 10.07.2022

30 Waldheim, Christian: 17. - 19.6. ..., vom 16. Juni 2022, [https://www.facebook.com/markus.scheer.35/posts/10217340598546289?comment_id=1085325055398002&reply_comment_id=445554680235681&_cft__\[0\]=AZVsl8CKHeEt_mjcVMv0GoSnxdIR2-qX1fsksO2TYBfvjhNqFxFxUZ19TgghpG97Mn6iHAc4ETQKi5INN13L85MEoyEwP_pJKAfoeh2IMbZ9vVDdMcB4ZTPzIK2eAgBkxzqQKpfjSzr_1DARv4-zV5a7ff&_tn_=Rl-R](https://www.facebook.com/markus.scheer.35/posts/10217340598546289?comment_id=1085325055398002&reply_comment_id=445554680235681&_cft__[0]=AZVsl8CKHeEt_mjcVMv0GoSnxdIR2-qX1fsksO2TYBfvjhNqFxFxUZ19TgghpG97Mn6iHAc4ETQKi5INN13L85MEoyEwP_pJKAfoeh2IMbZ9vVDdMcB4ZTPzIK2eAgBkxzqQKpfjSzr_1DARv4-zV5a7ff&_tn_=Rl-R), 10.07.2022,

7. Ausblick

Bereits in den letzten zweieinhalb Jahren ist die Zahl der AfD-Mitglieder deutlich gesunken. Der Trend könnte in der Folge des Rieser Parteitags anhalten. Anders als 2015, als rund ein Fünftel der Mitglieder binnen weniger Wochen und Monate die Partei verließ, vollzieht sich die Abwendung diesmal nicht als abrupter Bruch, sondern als schleicher Prozess. Es sind auch häufig nicht Vertreter:innen aus der ersten Reihe der Partei, die das Weite suchen, sondern eher die, die in der Vergangenheit im Stillen oder hinter den Kulissen im Sinne Meuthens wirkten.

Ihren Austritt aus der Partei erklärte beispielsweise Monica-Ines Oppel, die langjährige Präsidentin des Bundesschiedsgerichts der AfD, auf dessen Urteile Meuthen zumeist zuverlässig bauen konnte.²⁹ Von der Partei verabschiedete sich mittlerweile auch Christian Waldheim³⁰, der bereits im Dezember 2021 als stellvertretender Bundesschatzmeister zurückgetreten war. Inzwischen hat er auch sein letztes kommunales Mandat abgegeben.³¹ In Niedersachsen verlässt der Landtagsabgeordnete Christopher Emden die Partei.³² Wenige Tage zuvor hatte er sich noch – ohne Erfolg – um eine erneute Kandidatur für das Parlament bemüht.

Gescheitert mit diesem Versuch, verfasste er eine Art Generalabrechnung mit der AfD. Die Partei des Jahres 2022 habe „nichts gemein mit der Partei, in die ich vor gut fünf Jahren meinte, einzutreten“, schrieb er. Sie habe sich beständig weiter nach rechts entwickelt. „Heute können Parteimitglieder Sympathien für rechtsradikale Ideologien, Gruppierungen und Personen bekunden und sich in deren Kreisen aufhalten, ohne dass daran noch irgendjemand in der Partei größeren Anstoß zu nehmen scheint.“ Personen mit derartigem Gedankengut übernahmen inzwischen

Waldheim, Christian: Bereits erfolgt zum 30.06., vom 16. Juni 2022,

https://www.facebook.com/markus.scheer.35/posts/10217340598546289?comment_id=1085325055398002&reply_comment_id=2186669631499499, 10.07.2022

31 Kreis Segeberg: Kreiswahl vom 06.05.2018 – Nachrücker eines Kreistagsmitglieds, vom 1. Juli 2022, https://www.segeberg.de/PDF/Nachr%C3%BCcken_in_den_Kreistag.PDF?ObjSvrID=3466&ObjID=1388&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1656670188, 10.07.2022

32 Wolfsburger Nachrichten: „Versager und Gangster“, vom 8. Juli 2022, Seite 9

Parteiämter und Mandate. Emden: „Die Zusammensetzung des neuen Bundesvorstandes lässt erahnen, dass dies sogar noch zunehmen wird.“ Die Partei entwickelte sich zu einem „Sammelbecken für Versager, Gangster und Minderbemittelte“. Emdens Fazit: „Diese Partei ist keine Alternative, sie ist der Abgrund für Deutschland.“ Sie sei nicht bloß verzichtbar, sie sei, aufgrund der zunehmenden Radikalisierung vieler Mitglieder, „sogar gefährlich für unser Land.“

In Nordrhein-Westfalen, wo schon im Mai die AfD-Mitglieder im Bochumer Stadtrat ihren Austritt erklärt hatten³³, folgte inzwischen auch eine Mehrheit der Mönchengladbacher Ratsmitglieder diesem Schritt. „Der letzte Bundesparteitag hat gezeigt, dass die Partei ihre falsch eingeschlagene Richtung manifestiert hat“, erklärte deren frühere Fraktionsvorsitzende Corina Bülow laut einem Bericht der Rheinischen Post.³⁴ Ein bürgerlicher, konservativer Kurs sei in der Partei immer weniger durchsetzbar. „Ganz im Gegenteil hat zunehmend der rechte Flügel die Hoheit erobert.“ Dessen „völkisch-patriotischer Kurs“ entspreche nicht dem der Ratsfraktion. Ihren Abschied nahm auch Gabriele Walger-Demolsky (bislang Bochum), die in der vorherigen Landtagswahl dem Parlament in Düsseldorf angehört hatte.³⁵ Ausgetreten ist zudem Markus Scheer, vormals Kreisvorsitzender in Bochum, der wohl wichtigste Netzwerker angeblich „Gemäßigter“ in Nordrhein-Westfalen.³⁶

Während der AfD die grundsätzlichen Konflikte zwischen einem Teil der vorgeblich „Gemäßigten“ und der neuen Mehrheit im Bundesvorstand erhalten bleiben, treten neue Konfliktlinien zwischen der durch Chrupalla und Weidel geprägten neuen Vorstandsmehrheit und den am „Flügel“ orientierten Kräften

hervor. Sie resultieren auf Entscheidungen bzw. Nicht-Entscheidungen in Riesa. Dabei geht es darum, dass

- der Antrag zur Reform der Parteistrukturen mit einer Ausweitung von Höckes Machtposition überhaupt nicht zur Abstimmung kam,
- der „Flügel“ durch die Kandidatur eigener Vertreter:innen Chrupallas Plädoyer für mehr Einigkeit in der Partei ins Leere laufen ließ,
- durch die äußerst hart geführte Diskussion über die Europapolitik, die schließlich sogar zum vorzeitigen Ende des Parteitages führte, einmal mehr die Zerrissenheit der Partei deutlich wurde.

Hans-Thomas Tillschneider, einer der Wortführer der „Flügel“-orientierten Teile der AfD, monierte jedenfalls nach dem Delegiertentreffen in einer geschlossenen AfD-Chatgruppe: „Was Teile der Führung zusammen mit der Parteileitung am Sonntag in Riesa³⁷ abgezogen haben, war nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges gegen die eigene Partei.“³⁸ Ich vermute hinter dem Geschehen ein Kalkül.³⁹

Verschärfen dürfte sich der Konflikt, wenn die unter anderem von Höcke gewünschte Strukturkommission tatsächlich nicht zustande kommt. Die Süddeutsche Zeitung berichtete über die erste Arbeitssitzung des neuen Vorstands nach dessen Wahl: Weidel sei auf Konfrontationskurs zu Höcke gegangen. Die Kommission werde es vorerst nicht geben.⁴⁰ „Wenn es (beim Parteitag, d. Verf.) nicht zur Abstimmung gekommen ist, gibt’s auch keine Strukturkommission“, erklärte mittlerweile auch ihr Ko-Sprecher Chrupalla: „Die ist passé, weil ja kein Beschluss vorliegt.“⁴¹

33 Weeke, Michael: Bochum: Ganze AfD-Fraktion verlässt Partei – das hat Folgen, Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17. Mai 2022, <https://www.waz.de/staedte/bochum/bochum-ganze-afd-fraktion-verlaesst-partei-das-hat-folgen-id235374753.html>, 10.07.2022

34 Gruhn, Andreas: Grabenkämpfe in der Partei – Mönchengladbachs AfD zerlegt sich selbst, Rheinische Post von 3. Juli 2022, <https://rp-online.de/nrw/staedte/moenchengladbach/afd-moenchengladbach-fraktion-spaltet-sich-aid-72224307>, 10.07.2022

35 Walger-Demolsky, Gabriele: da mache ich lieber gar nichts..., vom 21. Juni 2022, https://www.facebook.com/markus.scheer.35/posts/10217356659547804?comment_id=5133935456654607&reply_comment_id=759290928583756, 10.07.2022

36 Steffen, Tilman: Palastrevolte abgeblasen, Die Zeit vom 18. Juni 2022,

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-06/afd-vorstandswahl-tino-chrupalla-parteitag/seite-2>, 10.07.2022

37 An jenem Sonntag wurde unter anderem über den Europa-Antrag beraten.

38 Einen „Krieg gegen die eigene Partei“ zu führen wurde in der Vergangenheit insbesondere von „Flügel“-Politiker:innen Jörg Meuthen unterstellt.

39 Wierzioch, Bastian: Geheime Absprache mit Höcke?, Tagesschau vom 22. Juni 2022,

<https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/afd-parteitag-vorstand-hoecke-101.html>, 10.07.2022

40 Balsler, Markus: Wichtiges Gründungsmitglied geht, Süddeutsche Zeitung vom 27. Juni 2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bjoern-hoecke-monica-ines-oppel-1.5610160>, 10.07.2022

41 Tagesschau: Chrupalla im ARD-Sommerinterview – „Es geht um deutsche Interessen“, vom 17. Juli 2022, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-chrupalla-sommerinterview-103.html>, 19.07.2022

Herausgeberschaft/Autorenschaft:

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/ Neonazismus der Hochschule Düsseldorf

(www.forena.de)

Rainer Roeser ist freier Journalist und freier Mitarbeiter von Forena.

Das Urheberrecht liegt bei den jeweiligen Autor*innen.

Diskussionspapiere von FORENA dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden der abgeschlossenen Arbeiten am Forschungsschwerpunkt.

Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte anregen und befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem FORENA Working Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen. Diskussionspapiere, die von FORENA herausgegeben werden, geben die Ansichten des*/der* jeweiligen Autor*in wieder, nicht jedoch die von FORENA als Einrichtung.